



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Reichtum gerecht besteuern um einen solidarischen Aufbruch aus der Krise zu finanzieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Beschluss:

I. Der Hessische Landtag stellt fest:

1. Die soziale Ungleichheit in Hessen und in Deutschland verletzt die freie Entfaltung des Individuums, den sozialen Frieden und das Demokratieprinzip und macht entschiedenes politisches Gegensteuern notwendig. Auch der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt: Während das wohlhabendste Zehntel der Bevölkerung 60 % allen Vermögens besitzt, lebt die ärmere Hälfte der Bevölkerung ohne Vermögen sprichwörtlich von der Hand in den Mund. Nach wie vor ist jeder Sechste von Armut bedroht. Sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen beteiligen sich seltener an Wahlen und anderen Formen demokratischer Teilhabe, sind im Durchschnitt bei schlechterer Gesundheit und sterben früher. Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, ist für Kinder aus wohlhabenden Familien dreimal so hoch wie für Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status. Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Beeinträchtigungen und Frauen sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen und verfügen über geringere Vermögen und Einkommen. Auch das jahrelange Wirtschaftswachstum der 2010er-Jahre konnte die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland nicht entscheidend reduzieren. Sie ist – im Gegenteil – weitergewachsen.
2. Die Corona-Pandemie hat die soziale Spaltung weiter verschärft und noch sichtbarer gemacht. Ärmere Menschen leiden stärker unter den gesundheitlichen Folgen von Covid-19 und den Maßnahmen zur Eindämmung, auch weil sie im Durchschnitt in kleineren Wohnungen leben, häufiger Vorerkrankungen mitbringen und öfter in prekärer und präsentpflichtiger Beschäftigung tätig sind. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ergab, dass die pandemiebedingten Einkommensverluste in Haushalten umso höher ausgefallen sind, je niedriger das Einkommen vor der Pandemie war. Zusätzlich droht eine langfristige Verschärfung der Ungleichheit durch die langen Einschränkungen im Bereich der Kinderbetreuung und Schulen.
3. Laut Financial Times sind die Vermögen allein der Milliardäre in Deutschland in der Krise um mehr als 100 Mrd. € angewachsen, während die öffentlichen Schulden um 273 Mrd. € zugenommen haben und obwohl die Wirtschaftsleistung insgesamt um ca. 170 Mrd. € zurückgegangen ist.
4. Privater Superreichtum korrespondiert neben privater Armut auch mit leeren öffentlichen Kassen: So bezifferte eine gemeinsam vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung und dem Institut der deutschen Wirtschaft erarbeitete Studie den Investitionsbedarf für das angebrochene Jahrzehnt auf deutschlandweit 450 Mrd. €. Das aktuelle Kommunalpanel der KfW sieht allein für die Kommunen einen Investitionsrückstand von 149 Mrd. €. Die Bedeutung öffentlicher Infrastrukturen nimmt mit abnehmendem eigenen Einkommen und Vermögen zu. Unzureichende Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur gefährden Bildungsgerechtigkeit, die soziale und kulturelle Teilhabe und die wirtschaftliche Entwicklung. Steuer- und kreditfinanzierte Mehrausgaben in Köpfe und Beton sind überfällig.

II. Der Hessische Landtag begrüßt:

1. Zunehmend mehr Institutionen, Organisationen und Bündnisse sprechen sich für eine Vermögensbesteuerung in Deutschland aus. Neben der OECD hat sich auch der Internationale Währungsfonds für eine Vermögensbesteuerung ausgesprochen. Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen in Deutschland, wie: wer hat, der gibt, das Netzwerk Steuergerechtigkeit oder Millionaires for Humanity setzen sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein.
2. In den USA findet unter der neuen Regierung unter Präsident Joe Biden ein steuerpolitischer Kurswechsel mit dem Ziel statt, hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie Unternehmensgewinne und Kapitalerträge stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen und die soziale Sicherung und das öffentliche Bildungssystem auszubauen. Die Initiative für eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmensgewinnen nach Jahrzehnten des internationalen Steuerwettbewerbs muss der Einstieg in einen Paradigmenwechsel sein. Dieser muss regional auch von der hessischen Landesregierung, wo immer möglich, vorangetrieben werden.

III. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Sich gegenüber der Bundesregierung zur Finanzierung der Krisenkosten für eine einmalige Vermögensabgabe nach Art. 106, Abs. 1, Nr. 5 Grundgesetz und nach dem Vorbild des historischen Lastenausgleichsgesetzes einzusetzen, um die Lasten der Pandemie gerecht zu verteilen. Die einmalige Abgabe soll so ausgestaltet werden, dass höchstens die reichsten 0,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland belastet werden und ein Gesamtaufkommen von mindestens 300 Mrd. € erzielt wird.
2. Eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer zu ergreifen. Das Aufkommen aus der Vermögensteuer steht den Bundesländern zu. Daher liegt die Wiedereinführung der Vermögensteuer im originären Interesse des Landes Hessen. Die Besteuerung soll so gestaltet sein, dass durch einen entsprechenden Freibetrag etwa selbstgenutztes Wohneigentum ausgenommen ist.
3. Weitere Bundesratsinitiativen für die stärkere Besteuerung großer Erbschaften und Einkommen und die Abschaffung der Abgeltungssteuer zu initiieren oder Initiativen anderer Länder mit gleichlautender Zielsetzung aktiv zu unterstützen.
4. Zusätzliche Steuereinnahmen für eine Stärkung der sozialen Sicherheit und den umfassenden Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit, Klimaschutz und Wohnen zu verwenden. Der sozial-ökologische Umbau ist so zu gestalten, dass soziale Ungleichheit wirksam reduziert und sozio-ökonomisch schlechter gestellte Menschen gestärkt werden. Die Finanzausstattung der hessischen Kommunen muss deutlich und dauerhaft verbessert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Juni 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler